



Alle Wege führen nach Meck-Pom

20 Jahre liberale Politik in Freiheit in M-V – die FDP-Landtagsfraktion gestern und heute

(stp) Der Kino-Gong ertönt, der Saal 1 des CineStar Capitol in Rostock füllt sich an diesem Abend des 5. November. Der Vorhang wird geöffnet, auf gelb-blauer Leinwand ist zu lesen „20 Jahre liberale Politik in Freiheit in M-V – Die FDP Landtagsfraktion gestern und heute“. Gegen 18 Uhr erheben sich 350 Liberale

sowie Gäste aus Wirtschaft und Politik, der Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzende Dr. Guido Westerwelle betritt den Saal. Nach kurzem Blitzlichtgewitter verdunkelt sich der Saal. Der Jubiläumsabend der FDP-Landtagsfraktion beginnt. (Lesen Sie weiter auf Seite 2)

Ungerechtigkeit in Kommunen

(jw) Traditionell stellen Kommunen auf dem Gebiet der eigenen Gemeinden Energie bereit und entsorgen Abwasser und Abfall. Das bleibt unstrittig. Doch die wirtschaftliche Betätigung muss vor allem einen öffentlichen Zweck rechtfertigen,

beitete erste Gesetzentwurf zur Kommunalverfassung trug diesen Grundsätzen Rechnung. Jedoch wurden vor allem die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen bis heute wesentlich verändert. Kommunen treten nicht selten in direkte Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Handwerks-, Handel- und Industriebetrieben und reizen so vielerorts rechtliche Grenzen erheblich aus. Dem gegenüber haben privatwirtschaftliche Unternehmen keinen effektiven und vor allen Dingen keinen sicheren Rechtsschutz. Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung der Kommunalverfassung M-V erarbeitet. (Lesen Sie weiter auf Seite 4)



in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde stehen und sie darf nicht durch andere besser und wirtschaftlicher erledigt werden können.

Der 1993/94 von der CDU/FDP geführten Landesregierung erar-

Beliebte Kunst auf Fraktionsflur



Künstlerin Mia Hilgemann stellte einen Monat ihre Blumen aus



FDP-Fraktionen kooperieren

(sz) Die Landtagsfraktion speist ihre Initiativen nicht nur aus Ideen, Hinweisen und Kritik aus dem eigenen Land, sondern setzt auf eine enge Kooperation mit den FDP-Fraktionen anderer Bundesländer.

Bundesstraße 5 durch die Mautflucht des Schwerlastverkehrs. Der Fraktionsvorsitzende aus Brandenburg Andreas Büttner und Michael Rooff erörterten die Situation am Rande der FDP-Regionalkonferenz



Grenzübergreifende Probleme sollten nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden Michael Rooff auch grenzübergreifend diskutiert und gelöst werden. Ein Dauerthema ist die Belastung der Anwohner der

in Schwerin Anfang Oktober mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke. . (Lesen Sie weiter auf S.2)

Alle Wege führen nach M-V

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

In einem kurzen Film und in ihren Reden hatten der erste Sozialminister in Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Klaus Gollert, und der heutige FDP-Fraktionsvorsitzende Michael Roofl die 20 Jahre liberale Politik im Land Revue passieren lassen. Dr. Gollert erinnerte an die Zeit der ersten schwarz-gelben Landesregierung von 1990 bis 1994 und zitierte aus einer Pressemitteilung von 1992, in dem sich



Moderator Tilo Stolpe und der erste Sozialminister in M-V Dr. Klaus Gollert

die FDP-Fraktion bei der SPD bedankte, dass alle Punkte im Haushalt bis aus den des Sozialministeriums abgelehnt wurden. „Die FDP demöntiert Gerüchte, dass Dr. Gollert in die SPD übertreten wolle oder dass ihn die SPD im Falle eines Wahlsieges als Sozialminister behalten will“, las der Ehrenvorsitzende vergnügt vor. Er sagte weiter: „Für unseren Koalitionspartner waren wir kein leichter Partner, oft siegreich. Trotzdem war es ein fairer Umgang miteinander.“ Michael Roofl ergänzte, von 1994 bis 2006 sei zu spüren gewesen, dass zwölf Jahre keine liberale Politik im Landtag gemacht wurde. „Heute sind wir die einzige Oppositionspartei im Landtag, die den Finger in die



Mitglied im FDP-Landesvorstand Michael vom Baur im Gespräch

Wunde legt nach acht Jahren Rot-Rot und jetzt vier Jahren Rot-Schwarz.“ In seiner Rede dankte Roofl der Arbeit der heutigen Fraktion. Er appellierte erneut, dass die Ausschüsse im Parlament öffentlich werden sollten. „Retten wir ein Stück Offenheit von 1990“, sagte Roofl. Ein entsprechender Antrag der FDP-Fraktion fand im Landtag leider keine Mehrheit.

Der Landesparteivorsitzende Christian Ahrendt schloss sich mit seinem Thema „Wie viel Freiheit verträgt die Demokratie“ nahtlos an und fragte: „War einer der letzten Volksentscheide für etwas?“ Der FDP-Bundesvorsitzende Westerwelle mahnte wenig später, Deutschland dürfe keine „Dagegen-Republik“ werden. „Wenn wir keine Straßen, keine Flughäfen, keine Stromleitungen und nun sogar keine Bahnhöfe mehr bauen dürfen, dann werden wir Zukunft und Wohlstand in



Michael Roofl begrüßt Gäste

unserem Land verspielen.“ Er verwies auf die Wendezeit als es mit einer „Dafür“-Stimmung vorangegangen sei. An die Zeit konnten sich die anwesenden ersten FDP-Landtagsabgeordneten Walter Goldbeck, Georg Ihde und Dr. Gollert sehr gut erinnern.

Schmunzeln musste das Publikum als auf der Leinwand des Rostocker Capitols der Auftritt des Bundespartei- und Bundesaußenministers eingeleitet wurde. Im Film war der Erfolg von Guido Westerwelle, Deutschland als nichtständiges Mitglied im Welt-sicherheitsrat zu positionieren, auf



Bundesaußenminister Westerwelle

Mecklenburg-Vorpommern bezogen. Den Worten „Die Welt ist hier“ folgten Woldegk-Windmühlen, die auch in Holland stehen könnten und wilde Kängurus von Burg Stargard, die eigentlich in Australien zu Hause sind sowie die neue Rügenbrücke, ein Hauch von San Francisco. Höhepunkt des Beitrags war der Satz „Alle Wege führen nach...“ – das Bild vom Ortseingang Rom im Kreis Par-chim eingeblendet – „Mecklenburg-



Gino Leonhard mit Landtagsvizepräsidentin Holznel und CDU-Fraktionschef Glawe

Vorpommern“. Guido Westerwelle bemerkte: „Ein völlig unterschätztes Selbstbewusstsein. Hätte ich den Film den UN gezeigt, wir hätten noch fünf Stimmen mehr bekommen.“

Bundespartei- und Bundesgeschäftsführerin Gabriele Rentaus waren dann noch einige Minuten zum Empfang im gelb-blau geschmückten Foyer des Capitols geblieben. Wein, Bier oder Wasser sowie kleine Snacks genießend hatten sich die Gäste des Abends über 20 Jahre FDP in Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere über die Fraktionsarbeit ausgetauscht.



Gestern und heute – Ex-FDP-Abgeordneter Georg Ihde und der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion heute Sebastian Ratjen

Ostdeutsche FDP-Landtagsfraktionen kooperieren



FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Aus Sicht unserer Fraktion müssen sich die Landesregierungen der Bun-

desländer, die von der Belastung auf der B5 betroffen sind, zeitnah mit der Bundesregierung an einen Tisch setzen. Wir brauchen eine dauerhafte Lösung für Anwohner, Verkehrsteilnehmer und Spediteure der Region.

Ein weiteres Thema ist die Anbindung an die Häfen unseres Landes, um eine positive Entwicklung, wie sie der Leiter des Rostocker Hafenamtes erläutert hat, fortsetzen zu können. Anfang November hatten

sich Michael Roofl und die FDP-Fraktionsvorsitzenden aus Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Hafenrundfahrt getroffen, denn vom anstehenden Ausbau des Rostocker Hafens profitieren auch die anderen Bundesländer. Doch lassen die Hinterlandanbindungen zu wünschen übrig. Der Fraktionsvorsitzende aus Sachsen-Anhalt verwies auf die Gegenwehr von Linkspartei und Naturschutzorganisationen beim notwendigen Ausbau der A14. Daneben sind

die fehlende Förderung von überlangen Lastkraftwagen (EuroCombi) und der verzögerte Schienenausbau zwischen Rostock und Berlin Hemmnisse der wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Hafens und damit der nord- und ostdeutschen Wirtschaftsregionen. Hier wollen die Fraktionsvorsitzenden zusammen agieren, um den Firmen Perspektiven zu erschließen und Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

B96n auf Rügen jetzt ausbauen – Zukunft der Insel sichern

(stp/sz) Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern wird von der FDP-Fraktion zum sofortigen Baustart für die B96n auf Rügen aufgefordert. Die Klage des Naturschutzbundes NABU hat keine aufschiebende Wirkung, sondern ist reine Formsache. Darum kann es der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Gino Leonhard, nicht akzeptieren, dass das Land auf das Urteil warten will. So könnten zehn wertvolle Monate verstre-



chen und in der nächsten Saison wieder Urlauber wegen des Verkehrschaos unserem Bundesland für immer den Rücken kehren. Die wirtschaftliche Entwicklung der Insel steht auf dem Spiel, denn neben dem Tourismus braucht auch der Hafen Mukran als Tor nach Skandinavien seine Infrastruktur. Zudem kommt die Klage des NABU zu einem Zeitpunkt, wo bereits der Ausbau unter strengen Umweltauflagen organisiert worden ist.

In Einzelfällen gegen Gewässerprivatisierung in Mecklenburg-Vorpommern

(ha) In der strittig und kontrovers geführten Debatte zum Plan der bundeseigenen Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH (BVVG) Gewässer



in Mecklenburg-Vorpommern zu privatisieren müssen die betreffenden Seen unter den Gesichtspunkten der touristischen Bedeutung und deren wahrgenommener ökologischer Ausgleichsfunktion bewertet werden. Eine pauschale Zustimmung zum Plan wird es von der FDP-Fraktion ebenso wenig geben wie eine dogmatische Ablehnung. Die 220 Seen im Land, die von der BVVG verwaltet werden, haben eine Gesamtfläche von 4.200 ha, ein Fünftel davon machen die vier größten Seen aus. Darunter der Malchiner See, der aufgrund seiner Größe in BVVG-

Hand bleiben sollte. Die Vize-Vorsitzende und agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Sigrun Reese setzt sich dafür ein Kommunen oder Fischer zu unterstützen, die zwar ein Vorkaufsrecht haben, denen aber oft das Geld fehlt, um kleinere Gewässer kaufen und pflegen zu können. Im Falle einer Privatisierung, die in Einzelfällen gründlich geprüft werden muss, sollten grundsätzlich der Naturschutz, die Gewässerzugänglichkeit, die Naherholung, die Gewässergüte und Umfeldgestaltung sowie der Fischbesatz in die Verträge aufgenommen werden.

Notstand! – Enquete-Kommission für chancengleiche Bildung gefordert

(tf) Es herrscht ein Bildungsnotstand in Mecklenburg-Vorpommern, der durch Rot-Rot begründet und durch die Schwarz-Rote Landesregierung verstetigt wurde. Die schlechte Bildungsbilanz ist eine Katastrophe. Alle Vergleiche und Statistiken über den Bildungsstand von Mecklenburg-Vorpommern zeigen nach unten. Wir haben die meisten Schulabgänger ohne Abschluss, eine geringe Abiturienten- und eine hohe Abbrecherquote



in der Berufsausbildung. Wir Liberale fordern daher die Einsetzung einer Kommission für „chancengleiche Bildung“, die innerhalb von zwei Jahren neue bildungsadministrative Strukturen entwerfen soll, damit die Schulen im Land wirklich chancengleich und selbstständig arbeiten können und alle Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur individuellen Lebensgestaltung haben. Die Landesregierung hat die Schulen reformiert ohne bürokratische

Strukturen zu verändern. Die bürokratischen Strukturen müssen aber im Sinne des lebenslangen Lernens von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung in einem Ministerium zusammengefasst werden. Alle Ebenen der Bildungsverwaltung müssen einer kritischen Revision zu unterzogen werden. Die Rolle der Lehrer und Eltern im Bildungssystem müssen neu definiert werden. Der Schlüssel zum Erfolg liegt bei den Menschen, die im Bildungsumfeld der Kinder mitwirken. Vize-Präsident Hans Kreher ist davon überzeugt, dass die Ergebnisse der Enquete-Kommission eine gute Grundlage bieten, um nun den entscheidenden Schritt zu unternehmen.

Löschen statt Sperren



(jw) Medienvielfalt bedeutet Meinungsvielfalt in starken Kommunen. Für den kommunalpolitischen Sprecher Toralf Schnur ist sie nicht nur Symbol, sondern Garant für die Freiheit sich in Wort, Bild und Schrift zu äußern und sich aus öffentlichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Sie zu erhalten und zu fördern



ist Kernaufgabe liberaler Politik. Insbesondere Schulkinder sollten frühzeitig an das Internet herangeführt werden, um ihnen eine verantwortungsvolle Teilnahme an der Informationsgesellschaft zu ermöglichen. Der praxistaugliche Jugendschutz im Internet ist dabei wichtig, der dem besonderen Charakter eines globalen, freien und partizipativen Netzwerkes gerecht werden muss.

Diese fehlende garantierte Praxis-tauglichkeit prangerte die FDP im Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der parlamentarischen Beratung zum 14. Rundfunkstaatsvertrag an. Ganz klar sprechen wir uns gegen Internetsperren, Zensur und Überwachung unter dem Deckmantel des Jugendschutzes aus. Stattdessen spricht sich die FDP für das Löschen von jugendgefährdeten Sendungen aus.

Ungerechtigkeit in Kommunen

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Ziel dieser parlamentarischen Initiative ist es, die derzeitigen Regelungen in der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen dahingehend zu verändern, dass ein fairer Wettbewerb zwischen kommunaler und privater Wirtschaft gewährleistet wird, die Örtlichkeit sowie der ausschließlich öffentliche Zweck kommunaler Wirtschafts-betätigung festgestellt wird. Der Fraktionsvorsitzende Michael Roofl will nicht den Kommunen die wirtschaft-

Unsere Änderungen sollen im Detail folgendes bezwecken:

Die Änderungen in §68 greifen die Formulierung in der Kommunalverfassung von 1994 auf und heben die derzeitige Gleichrangigkeit zwischen kommunaler und privater wirtschaftlicher Betätigung auf. Nachteile der Privatwirtschaft gegenüber der Kommune, z.B. höheres Insolvenzrisiko und schlechterer Zugang zu administrativen Informationen, werden ausgeglichen. Auch sind die Kommunen mehr dazu verpflichtet sich auf Aufgabenfelder zu konzent-



liche Betätigung untersagen, sondern den rechtlichen Rahmen derart gestalten, dass es ein chancengleiches Nebeneinander von privater und kommunaler Wirtschaft gibt.

rieren, die einen öffentlichen Zweck beinhalten. Neu in §68 ist der Absatz 5, in dem privaten Mitbewerbern ein besserer Rechtsschutz gewährleistet werden soll.

Gutscheine in der Chipkarte für bessere Bildung

(sb) Im Zuge der Hartz-IV-Reform standen vor allem die Leistungen für Kinder im Vordergrund. Neben dem Bildungspaket der Bundesregierung wurde auch die Frage der Leistungsverteilung diskutiert. Ralf Grabow hat sich in Mecklenburg-Vorpommern für eine einfache Sachmittelverteilung stark gemacht. In anderen Bundesländern wurden die so genannten „Bildungschipkarten“ bereits erfolgreich getestet. Ob diese Modelle auch auf die strukturschwachen Regionen unseres Flächenlandes übertragbar sind, wollte Ralf Grabow gern in einem Modellversuch testen. Dabei können Leistungen gezielt den bedürftigen Kindern zugute kommen. Die Initiative der Liberalen im Landtag ging dabei deut-

lich weiter. Mit einem breiten Zugang zu einer Bildungschipkarte über den



Kreis der Hartz-IV-Empfänger hinaus möchte die FDP-Fraktion eine Stig-

matisierung von bedürftigen Kindern verhindern. Kinder könnten auch so frühzeitig einen eigenverantwortlichen Umgang mit Bildungs- und Freizeitangeboten lernen. Das Kartensystem muss nicht neu erfunden werden. Die Techniken dazu sind ausgereift und auch kostengünstig verfügbar. Damit wäre in einem solchen System eine schnelle Ausweitung eines Modellversuchs auf das ganze Land jederzeit möglich. Auf Datenschutz legt die FDP-Fraktion dabei natürlich großen Wert. Auf der Karte sollten keine persönlichen

Daten gespeichert sein, die in falsche Hände geraten könnten.

IMPRESSUM

Herausgeber:
 FDP Landtagsfraktion
 Mecklenburg-Vorpommern
 Lennéstr. 1 · 19053 Schwerin
 Telefon: 0385 5 25 24 20
 Telefax: 0385 5 25 24 21
 E-Mail: info@fdp.landtag-mv.de
 www.fdp-fraktion-mv.de

V.i.S.d.P.:
 Tilo Stolpe
 Leiter Öffentlichkeitsarbeit
 Tilo.Stolpe@fdp.landtag-mv.de

Fotos:
 FDP-Fraktion und Thomas Krüger